Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 13. Dezember 2016

Niederschrift
über die 24. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 07.12.2016
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:55 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	ab TOP 1.2.
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	ab TOP 2.
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	
Herr Jörg Schmidt	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Beratendes Mitglied	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Uwe Geisler	
Herr Kai Grünler	
Herr Eric Holtschke	bis TOP 2.
Frau Gabriele Lorenz	

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Herr Zenner	Bürgermeister GB I	bis TOP 7.1.
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung
Herr Kretzschmar	FGL Bürgerbüro, Service, Wahlen	bis TOP 3.
Herr Helbig	FBL Sicherheit und Ordnung	bis TOP 2.
Frau Ernst	Personalrat	gesamte Sitzung
Herr Leonhardt	Personalrat	gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Heidan	Landtagsabgeordneter - bis TOP 2.
Herr Gräßer	Pfarrer Luthergemeinde - bis TOP 2.
Herr Reuter	Ltr. Polizeirevier Plauen – bis TOP 2.
Herr Hermann	Luthergemeinde – bis TOP 2.
Frau Wünsche	öffentl. Teil
Herr Dr. Salesch	öffentl. Teil und TOP 7.1.
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Niehus	Freie Presse – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.11.2016
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Information zum Alkoholverbot und zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Plauen
3. Information
Anpassung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros ab 2017
Drucksachennummer487/2016
4. Vorberatung
Auflösung der Stiftung "Vogtländisches Institut für höhere Bildung Plauen - gemeinnützige Stiftung"
Drucksachennummer 491/2016
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Vor Beginn der Sitzung wurde an die Stadträte und sachk. Einwohner ausgereicht:
Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 134-16
Videoüberwachung und Erlass eines örtlich und zeitlich begrenzten Alkoholkonsumverbotes in der Innenstadt – Arbeitspapier

Die 24. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, und Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er beantragt das Rederecht für Pfarrer Gräßer zu TOP 2.

Pfarrer Gräßer erklärt auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer, dass er das Rederecht in Anspruch nehmen möchte.

Der Tagesordnung und dem Geschäftsordnungsantrag wird zugestimmt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, bedankt sich, dass die Ausstellung zur Rathausfassade aktualisiert wurde.

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 09.11.2016

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt den Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses bekannt und informiert über die Höhergruppierung der Leiterin des Hortes in Jößnitz.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

keine

2. Information zum Alkoholverbot und zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Plauen

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt Herrn Reuter, Ltr. Polizeirevier Plauen, zur heutigen Debatte. Herr Reuter hat eine Stellungnahme an die Stadt Plauen gegeben, die heute zeitnah zur Behandlung des Themas zum Antrag der CDU-Fraktion erfolgen soll.
Er begrüßt ebenfalls Herrn Pfarrer Gräßer als Gast zu Sicherheits- und Ordnungsfragen in der Stadt Plauen und Landtagsabgeordneten Herrn Frank Heidan sowie alle weiteren Gäste.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist daran gelegen, die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt, insbesondere im Zentrum zu erhöhen. Er merkt an, dass in den vergangenen Jahren schon mehrfach über unsere Polizeiverordnung gesprochen und Beschlüsse gefasst wurden. Diese gilt es durchzusetzen. Er übergibt das Wort an Herrn Reuter.

Herr Reuter, Ltr. Polizeirevier Plauen, informiert über die Kriminalitätsbelastung in den Bereichen Am Postplatz und 50 m und 250 m Umkreis. Er nimmt Bezug auf seine Ausführungen im Verwaltungsausschuss im Monat Oktober zu den Masterstudien über die Video-Überwachung. Weitere Referenzfälle wurden beigezogen. Aus den Untersuchungsergebnissen aus Leipzig (Innenstadt) und Dresden (Prager Straße) ergaben Erkenntnisse dahingehend, dass bei dem potentiellen Klientel wohl Reaktionen zu verspüren waren. Gelungen ist in Leipzig, die offene Anbieterzone zu verdrängen. Ähnliches gab es in Plauen im vergangenen Jahr. Hier konnten 15 Ausländer festgenommen werden, die als Dealer tätig waren. Seit September vergangenen Jahres besteht eine Arbeitsgruppe Rauschgift. Das ist ein Teil, der für eine Video-Überwachung sprechen würde. Weiterhin nennt er einige Rahmenzahlen zu Straftaten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss im Umkreis von 50 m bzw. 250 m am Tunnel, die noch nicht abschließend sind. Von 2014 sind bis

2016 sind mehr als 60 % der Straftaten aufgeklärt worden. Es wird davon ausgegangen, dass diese Größenordnungen eine Video-Überwachung nicht rechtfertigen. Weiterhin spricht er die Unterbesetzung und Überalterung der Mitarbeiter des Polizeireviers an und informiert über Verdrängungseffekte. Er berichtet über Einsätze der Bereitschaftspolizei in den vergangenen zwei Wochen und deren Ergebnisse. Als besondere Schwerpunkte benennt er die Übergabepunkte in angrenzenden Gebäuden.
Herr Reuter vertritt die Auffassung, dass mit gezielten Maßnahmen eine Nachhaltigkeit erreicht werden kann.
Oberbürgermeister Oberdorfer ist sich sicher, dass mit privaten Sicherheitsdiensten, einschließlich der dem Vogtland zugesprochenen Wachpolizisten und den eigenen Kräften im Ordnungsbereich es gelingt, die Polizeiordnung 2017 besser umzusetzen.

Herr Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, sieht ein Alkoholkonsumverbot nach § 9a Polizeigesetz aus Sicht der Verwaltung als nicht sinnvoll. Es würde nur zu Verdrängungseffekten kommen. Andererseits ist die Polizeiverordnung insbesondere der § 8 zu beachten. Er nimmt Bezug auf das Arbeitspapier der Verwaltung, das vor der Sitzung ausgereicht wurde und geht u. a. auf die Maßnahmen zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet Plauen ein, welche die Verwaltung durchführen wird.
In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Helbig u. a. darauf ein, einen Ausbildungsberuf für gemeindlichen Vollzugsdienst zu schaffen. Diesbezüglich könnte durch den Landtagsabgeordneten etwas getan werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt einführend und um Verständnis bittend zur Terminabsage am Montag an, dass es ein nichtöffentliches Arbeitsgespräch mit Pfarrer Gräser geben sollte, was überraschend in der Zeitung bekanntgemacht wurde. Aus diesem Grund wurde die Teilnahme seinerseits abgesagt. Dem Stadtrat wollte er nicht vorausgreifen. Er ist zu einem weiteren Gespräch bereit.

Pfarrer Gräßer hat Verständnis für die parlamentarische Arbeit. Es ist ihm wichtig, das Thema sachlich anzugehen und im Lutherpark eine gemeinsame gute Lebensweise zu finden. Die Frage nach Ordnung und Sicherheit hat auch den Kirchenvorstand beschäftigt. Drei Bereiche werden seinerseits benannt.

1. Es werden Fäkalien und Unrat in Ecken vorgefunden. Er findet es würde- und respektlos in Eingängen von Kirchen sowie in Gärten und anliegenden Grundstücken zu urinieren.
2. Die Aktivität des Drogenmilieus zeigt sich nicht nur vor, auch in der Kirche, die in der Zeit von 10 bis 17 Uhr öffentlich zugängig ist. Es steht die Frage, ob die Kirche offengehalten werden kann. Er verweist auf Gespräche diesbezüglich mit der Polizei.
3. Neu hinzugekommen ist, dass der Lutherpark verstärkt mit Kindern und Jugendlichen belebt ist. Negativ wirken sich dabei u. a. herausgerissene Papierkörbe, Fäkalien sowie durch Hunde verursachte Unebenheiten aus.

Zu den besetzten Bänken merkt er an, dass die Kirche nicht unterscheidet zwischen Bürger und Flüchtling. Wer den Park genießt ist willkommen.
Es müsste ein besseres Klima geschaffen werden. Für ihn als Kirchgemeinde stellt sich das klarer dar. Die Polizei zeigt mehr Präsenz. Wir arbeiten in gesellschaftlichen Gruppen und Kreisen dafür, dass man Ordnung einhält und Respekt walten lässt. Die Stadt sorgt dafür, dass ein gutes Toilettenkonzept für die Innenstadt erarbeitet wird.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., bedankt sich für die Ausführungen und dass die Vorschläge und die rechtlichen Bedenken seiner Fraktion aus dem Verwaltungsausschuss im Monat Oktober aufgegriffen wurden. Auch die Verstärkung der Sozialarbeit ist aus seiner Sicht der richtige Weg.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, zeigen diese Aussagen, dass die

Debatte notwendig ist und es richtig war, als CDU-Fraktion diese Debatte angeschoben zu haben um das Problem gemeinsam anzugehen. Wir sind auf einem guten Wege.
Er merkt an, dass mit der Video-Überwachung die Polizeiarbeit unterstützt werden sollte. Nach Ansicht des Polizeireviers ist das nun nicht gegeben. Grundsätzlich sieht er das Verbot von Alkohol anders. Er vertritt die Auffassung, dass es zumindest temporär sinnvoll wäre, ein Alkoholverbot einzuführen. Auch im Hinblick auf die Eröffnung des Landratsamtes und des Publikumsverkehrs kann es nicht zielführend sein, dass man dann das Problem in anderen Bereichen hat. Es ist richtig, dass gesellschaftliche Probleme gelöst werden. Er unterstützt die Ausführungen von Pfarrer Gräßer, dass die Umstände die im Lutherpark zutage treten nicht mehr hinnehmbar sind.
Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, findet es richtig, dass es in der Landespolitik ein Umdenken gibt und ab 01.02.2017 für das Plauener Polizeirevier 10 Beamte der Wachpolizei zur Verfügung stehen.
Er befürwortet das Programm, was in dem Arbeitspapier von Herrn Helbig und Oberbürgermeister Oberdorfer vorgestellt wird. Es beinhaltet gute Maßnahmen, die evtl. noch zu konkretisieren wären. Er würde es begrüßen, wenn eine Beschlussvorlage daraus entsteht. Am Beispiel Sozialarbeit weist er darauf hin, dass es eine übergeordnete Entscheidung ist. Wenn der Landkreis beim Thema Jugendhilfe weniger Mittel zur Verfügung hat stellt sich die Frage, ob die Stadt bei der mobilen Jugendarbeit mehr machen möchte oder die entsprechenden Zuschüsse übernimmt. Hier fände er eine Konkretisierung sinnvoll.
Er weist darauf hin, dass im Zuge der Haushaltsberatung als Fraktion ein Antrag gestellt wurde, der

2 Anregungen beinhaltet.
Unter dem Aspekt der Präsenz sollte über eine Besetzung der Planstellen nachgedacht werden. Er würde sich auch für Verstärkung der Streifendienste, auch flächendeckend, aussprechen. Bei der Haushaltsplanung wurde auch benannt, noch 2 weitere befristete Stellen einzurichten. In einigen Städten gibt es wesentlich mehr Personal im Gemeindevollzugsdienst.
Stadtrat Zabel würde interessieren, was kurzfristig mit den im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen hinsichtlich Qualifizierung geschieht. Auch dazu gab es im Gespräch mit Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, im Rahmen der Haushaltsberatung mehr Gelder dafür einzustellen.
Stadtrat Zabel würde um Zugang zu den Statistiken und zukünftig um eine halbjährliche Befassung zu dem Thema bitten.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt zu den zusätzlichen Stellen an, dass erst einmal die offenen Stellen besetzen werden. Dazu gibt es Ausschreibungen. 14 Planstellen haben wir, 11 sind besetzt. Über die Einrichtung weiterer Planstellen sollte nochmals gesondert beraten werden.
Zu dem Sicherheitsproblem verweist er auf gute Erfahrungen in der Vergangenheit mit Sicherheitsdiensten.
Weiter informiert er, dass sich schon in der Leitungsberatung dazu verständigt wurde, dem Stadtrat einen Vorschlag für Qualifikationsmittel zu unterbreiten.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, kritisiert, dass das mit Datum 01.12.2016 versehene Schreiben erst heute als „Tischvorlage“ ausgereicht wurde.
Er merkt an, dass die angesprochenen Probleme unumstritten aber nicht neu sind. Sie haben sich in letzter Zeit nur verschärft. Der an Oberbürgermeister Oberdorfer gestellte Antrag der CDU-Fraktion war umfassend.
Es kommt nun darauf an, wie die Umsetzung des Arbeitspapiers wirkt. Er sieht auch einen Bedarf bei der Ausbildung für die Beschäftigten. Der Bürger muss den Eindruck verlieren, dass das Ordnungsamt nur Knöllchen verteilt. Ordnungs- und Sicherheitsprobleme gibt es nicht nur in Plauen. Er regt an, das Thema durch die Bürgermeister im Städte- und Gemeindetag das Thema anzusprechen.
Nach seiner Auffassung wäre über die Stellenbeschreibung für Ordnungsamtsmitarbeiter nachzudenken oder in der Ausbildung Änderungen vorzunehmen. Die Aufgabe für Ordnung und Sicherheit zu sorgen wird immer schwieriger. Das Umdenken der Landesregierung begrüßt er. Er

sieht hier einen guten Ansatz und würde sich nächstes Jahr über die Umsetzung des Arbeitspapiers unterhalten.

Stadtrat Schmidt merkt ebenfalls an, dass am Anfang der Debatte auch Landespolitische Themen andiskutiert wurden.
Was nach wie vor Fragen hinterlässt ist das Verhältnis der Mitarbeiter im Ordnungsamt und Vollzug. Das Verhältnis stimmt nach seiner Auffassung nicht. Nach seiner Auffassung sollten perspektivisch mehr Mitarbeiter in den Vollzug und weniger in der Verwaltung eingesetzt werden. Auch den Einsatz von Sicherheitspersonal findet er sinnvoll. Ob es zielführend ist, sollte zeitnah in der weiteren Befassung klärt werden. Es wäre ein Kompromiss, um perspektivisch die Personalkosten nicht zu erhöhen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, bringt zum Ausdruck, dass für die Bürger eine Umsetzung der Polizeiverordnung in der Stadt selbstverständlich ist. Man muss mit den vorhandenen Ressourcen die Polizeiverordnung durchsetzen. Zum Punkt Streetworker merkt er an, dass im Kreistag die Mittel in diesen Bereichen recht deutlich gekürzt wurden.
Zu den 3 unbesetzten Planstellen im Vollzugsdienst hätte er gerne gewusst, wie lange diese unbesetzt sind und ob es evtl. dadurch Einsparungen in den Personalkosten gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt zur Kritik von Stadtrat Weiß an, dass die Ausreichung des Arbeitspapiers zur heutigen Sitzung als „Tischvorlage“ bewusst erfolgte. Das Arbeitspapier gehört zur Debatte und zum Sachvortrag.

Herr Helbig führt zu den Planstellen und zur Struktur in seinem Fachbereich aus. Er merkt an, dass es nur wenige Mitarbeiter im Innendienst gibt, die im Außendienst arbeiten können. Ansonsten würde die Arbeit im Innendienst liegen bleiben.
Zur Frage von Stadtrat Gerbeth informiert Herr Helbig, dass 1 Außendienststelle ab 01.09. nicht besetzt ist, 1 Planstelle durch Langzeitkrank und 1 Planstelle seit Mitte des Jahres unbesetzt sind. Er bringt zum Ausdruck, dass er die Integrierung der Politessen in den Vollzugsdienst für den richtigen Weg hält.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass an der Umsetzung des Arbeitspapiers gearbeitet wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass im März 2017 das Thema „Umsetzung der Maßnahmen des Arbeitspapiers“ auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses genommen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer beendet den Tagesordnungspunkt und bedankt sich bei Herrn Reuter für die gute Zusammenarbeit.

3. Information
Anpassung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros ab 2017
Drucksachennummer 487/2016

Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf sein Engagement bei der Anpassung der Öffnungszeiten in der Vergangenheit z. B. Zulassungsstelle, Einwohnermeldeamt hin. Die geänderten Öffnungszeiten des Bürgerbüros wurden von der Bevölkerung nicht wie erwartet angenommen.

Herr Kretzschmar, Leiter Fachgebiet Bürgerbüro/Service/Wahlen, spricht zum Inhalt der Vorlage. Er sieht es unproblematisch, den Samstag wegfallen zu lassen und das Vorhaben mit dem Einwohnermeldeamt auf den Weg zu bekommen.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, merkt an, das es auch ein Grund der Zusammenlegung von Tourismus und Bürgerbüro war.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass an bestimmten starken frequentierten Samstagen das Bürgerbüro geöffnet sein soll.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, bittet künftig auf die Lesbarkeit bei Kopien zu achten.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Kenntnisnahme und Akzeptanz der Informationsvorlage.

Information:

Das Bürgerbüro öffnet ab 2017 bis zur Zusammenlegung Bürgerbüro-Einwohnermeldeamt nur noch an ausgewählten Samstagen. Die Samstage für 2017 sind in Sachverhalt/Begründung aufgeführt.

4. Vorberatung
Auflösung der Stiftung "Vogtländisches Institut für höhere Bildung Plauen - gemeinnützige Stiftung"
Drucksachennummer 491/2016

Oberbürgermeister Oberdorfer führt zum Inhalt der Vorlage aus und informiert u. a., dass in der letzten Sitzung des Stiftungsrates der Beschluss gefasst wurde, die Stiftung bei der Stiftungsbehörde aufzulösen. Damit fällt das Stiftungskapital i. H. v. 100 TEUR, davon 25 TEUR von dem Stifter Stadt Plauen, das bei der Sparkasse Vogtland verwahrt wird, an die Stifter, den Vogtlandkreis, die Sparkasse und die Stadt Plauen, zurück.
Aus den formellen Gründen heraus, dass sich das Stiftungskapital nicht aufbauen lässt, würde er gerne den Auflösungsantrag stellen.
Er weist darauf hin, dass die Stadt mit der Stiftung der Sparkasse Vogtland „Zukunft Vogtland“ eine sehr leistungsfähige Stiftung hat. Im Moment wird die Stiftungsprofessur an der Staatl. Studienakademie für den neuen Studiengang der Medizintechniker finanziert.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, berichtet, dass er als gewähltes Stiftungsratsmitglied an der Sitzung teilgenommen hat. Er spricht zur Erinnerung an die Errichtung der Stiftung und deren Grundidee. Er sah es sehr skeptisch und leider hat die Entwicklung ihm Recht gegeben.
Mit dem Weggang der Diploma Fachhochschule und ohne nennenswerte Zustiftung aus der Wirtschaft ist das Projekt nicht weiter erfolgreich zu führen. Nachdem sich auch die Sparkasse Vogtland zurückgezogen hat, ist nicht einmal der Erhalt des Kapitals mehr möglich.
Er bittet um Zustimmung.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, regt an, in der Anlage zur Tagesordnung Stadtratssitzung die anderen Stifter und den Vorsitzenden nochmals zu benennen.
Stadtrat Weiß bringt in Erinnerung, dass 2014 im Kreistag und im Stadtrat die Funktionen nicht nochmals bestellt wurden. Es war damals schon absehbar. Er hält es für den richtigen Schritt einen sauberen Abschluss zu machen. Dem Stiftungsrat sollten wir für die Arbeit danken.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass Hochschulbildungen staatliche Aufgaben sind und jedes private Angebot kann ergänzend stattfinden. Für ihn stellt sich die Frage, wie man unsere Berufsakademie zukunftsfähig machen kann. Es gibt immer wieder Ansätze bei dem Thema duale Hochschule. Er findet, dass uns die Auflösung der Stiftung nicht von der Frage entbindet dieses Thema voranzubringen, wie wir die Berufsakademie weiterentwickeln.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt formell an, die Bezeichnung Staatliche Studienakademie zu verwenden. Er unterstreicht, dass die Diploma Fachschule in den Jahren in Plauen eine Reihe an Ingenieuren, Wirtschaftlern ausgebildet hat, die in vogtländischen Unternehmen Leitungsfunktion haben.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick bittet nicht zu vergessen, dass das Helios Klinikum Vogtland akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Leipzig ist und 12 bis 14 Medizinstudenten im Schnitt im letzten Ausbildungsjahr ausbildet. Das sollte auch wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Das akademische Lehrkrankenhaus in Plauen übernimmt auch Hochschulaufgaben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 491/2016 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Beschluss des Stiftungsrates der Stiftung „Vogtländisches Institut für Höhere Bildung Plauen – gemeinnützige Stiftung“ vom 20.10.2016 zur Kenntnis und stimmt der Auflösung zu.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf den stationären Blitzer an der Pausaer Straße. Durch dessen Aufstellung ist das folgende Verkehrsschild durch die Kraftfahrer nicht zu sehen. Er bittet die Richtigkeit zu prüfen.

Zweitens bezieht er sich auf die Verwendung von Verfügungs- und Investitionsmittel für den Ortschaftsrat. Er verweist diesbezüglich auf einen Artikel im Amtsblatt von Dresden - Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig.
Stadtrat Weiß übergibt Oberbürgermeister Oberdorfer das Amtsblatt der Stadt Dresden und ein Zeitungsbild zum stationären Blitzer an der Pausaer Straße.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt zur Aufstellung des stationären Blitzers eine schriftliche Antwort des Fachbereiches zu.

Oberbürgermeister Oberdorfer weiß, dass die Stadt Plauen eine große Ausnahme macht und wenige andere Städte auch. Es relativiert seine Aussage jedoch nicht als falsch. Wenn er die Toleranz des Redners einfordern dürfte.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, bittet um eine pauschale Aussage, ob es noch weitere freie Stellen in der Verwaltung gibt und wenn ja - wie viele.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, erklärt, dass es zurzeit 2 Stellenausschreibungen für Schulsachbearbeiter/innen gibt. Ansonsten sind aufgrund von Langzeiterkrankungen zeitweilig Stellen unbesetzt.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer

Plauen, den

Benjamin Zabel

Oberbürgermeister	Stadtrat
Plauen, den 14.12.2016	Plauen, den
Winkler Schriftführer	Hansjoachim Weiß Stadtrat